

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin vom 27. bis 29. August 2023

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) am 29. August 2023 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 32. BSPC sowie dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass die schriftlichen Berichte über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse als Berichterstatterin der BSPC für nachhaltigen Tourismus, über die Arbeit der Helsinki Kommission durch seine Vizepräsidentin Beate Schlupp als Beobachterin der BSPC bei HELCOM und über die integrierte Meerespolitik durch den Abgeordneten Philipp da Cunha als maritimen Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt wurden.
 - b) dass die BSPC Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität unter dem Vorsitz des Abgeordneten Philipp da Cunha nach dreijähriger erfolgreicher Tätigkeit ihren Abschlussbericht auf der Jahreskonferenz vorgestellt hat und dass die insgesamt 25 Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe von der 32. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben.

- c) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
- der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen.
 - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen.
 - der Wahrnehmung der erstmalig vergebenen Berichterstattung der BSPC für Klimawandel und Biodiversität durch den Abgeordneten Philipp da Cunha aufzunehmen.

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit im Ostseeraum auf Basis grundlegender Werte,
 - b) Steigerung der demokratischen Widerstandsfähigkeit,
 - c) Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeresökosysteme,
 - d) Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen Vielfalt,
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 26. Oktober 2022 zu der Drucksache 8/1496 bis zum 31. März 2024 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz fand auf Einladung des Deutschen Bundestages vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin statt. Sie stand unter dem Motto „Stärkung der Widerstandsfähigkeit der demokratischen Ostseeregion“ und versammelte mehr als 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Jugend aus dem gesamten Ostseeraum. Ziel war es, gemeinsam Wege zur Förderung demokratischer, digitaler und ökologischer Widerstandskraft der Region zu finden. Die Jahreskonferenz mündete in die einvernehmliche Verabschiedung einer umfangreichen Resolution mit ausführlichen und weitreichenden Forderungen an die Ostseeregierungen in fünf Themenbereichen, die die Schwerpunkte des deutschen Vorsitzes der 32. BSPC widerspiegeln. Diese umfassten die friedliche und verlässliche Kooperation auf Basis fundamentaler Werte, die Stärkung demokratischer Robustheit mit Blick auf aktuelle digitale Herausforderungen, die Förderung der Resilienz von Meeresökosystemen, den Schutz des Klimas und der Biodiversität sowie die Lösung des Problems im Meer versenkter Munition.

Vonseiten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nahmen die Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD), die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) sowie die Abgeordneten Thomas Krüger (SPD), Jens-Holger Schneider (AfD), Katy Hoffmeister (CDU), Christian Albrecht (DIE LINKE) und Sabine Enseleit (FDP) an der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz teil. Zudem beteiligte sich der scheidende Vorsitzende der für die Jahre 2020 bis 2023 BSPC eingesetzten Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität sowie der maritime Berichterstatter der BSPC Philipp da Cunha (SPD) an dem im Vorfeld der Jahreskonferenz durchgeführten Jugendforum und stellte auf der Konferenz den Abschlussbericht der durch ihn geleiteten Arbeitsgruppe vor. Die beiden weiteren Sondermandate des Landtages – Berichterstatterin zum nachhaltigen Tourismus sowie HELCOM-Beobachterin – nehmen die Präsidentin des Landtages Birgit Hesse und die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp wahr; beide haben jeweils einen ausführlichen schriftlichen Bericht vorgelegt. Auch Philipp da Cunha als Berichterstatter für integrierte Meerespolitik teilte diesen Ansatz und erstellte einen schriftlichen Bericht.

Vor der Konferenzeröffnung am Sonntag, 27. August 2023 kamen traditionsgemäß die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsparlamente in der Redaktionskonferenz zusammen, um den finalen Resolutionsentwurf zu verhandeln. Im Anschluss trafen sich die Delegationsleitungen im Ständigen Ausschuss der BSPC, um strategische und organisatorische Angelegenheiten der BSPC zu besprechen. Der Landtag ist in diesen beiden Arbeitsgremien durch seine Vizepräsidentin und Delegationsleiterin Beate Schlupp vertreten.

Während der Generaldebatte am zweiten Konferenztage meldeten sich die Landtagsabgeordneten Thomas Krüger und Jens-Holger Schneider zu Wort und adressierten die aktuelle Energiekrise. So rief Herr Schneider zu mehr Technologieoffenheit auf, auch mit Blick auf Mini-Atomkraftwerke und Kernfusion. Herr Krüger, der ausdrücklich auf seine Ursprünge in der ehemaligen DDR verwies, forderte hingegen mehr Bürgerbeteiligung in Fragen der erneuerbaren Energien, vor allem in Bezug auf Windenergie. Als Abgeordnete sollten die Konferenzmitglieder dafür kämpfen, dass Menschen in den Regionen von der Energiewende profitierten, so Herr Krüger.

Fragen der Energiewende wurden auch in der durch den Landtagsabgeordneten Philipp da Cunha geleiteten Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität intensiv besprochen. Während der durch den Landtag organisierten Arbeitsgruppensitzung in Schwerin und in Zarrentin im August 2022 wurden Unternehmensvertreter aus Mecklenburg-Vorpommern zur Entwicklung von nachhaltigen Energien gehört. Die neue BSPC Arbeitsgruppe wird sich mit dem Thema „Energiesicherheit, Selbstständigkeit der Energieversorgung, Resilienz und Konnektivität“ befassen. Der Landtag wird in dieser Arbeitsgruppe durch den Abgeordneten Philipp da Cunha als Mitglied und die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp als stellvertretendes Mitglied vertreten.

Höhepunkt der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz war die einstimmige Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution. Die Resolution enthält insgesamt 65 Forderungen und Handlungsempfehlungen an die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union.

Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der EntschlieÙung beziehen sich im Hinblick auf eine friedliche und verlässliche Nachbarschaft auf die Intensivierung der Bemühungen um die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Menschenrechten im Ostseeraum und die Anerkennung, dass diese Werte auch in unserer Region bedroht seien. Im Hinblick auf die Gewährleistung der Energiesicherheit und Versorgungssicherheit sollten konkrete Maßnahmen und gemeinsame Strategien entwickelt werden, um die Abhängigkeit von russischen fossilen Ressourcen zu verringern, saubere und erschwingliche Energie und die zugrunde liegenden industriellen Wertketten zu fördern, einen integrierten und widerstandsfähigen europäischen Energiemarkt herbeizuführen sowie zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Energie und Nachhaltigkeit anzuregen. Zudem solle die Rolle der EU-Strategie für den Ostseeraum gestärkt und die Einbindung der Zivilgesellschaft und der Jugend in die ostseepolitischen Aktivitäten erhöht und unterstützt werden.

Mit Blick auf die Steigerung der demokratischen und digitalen Widerstandsfähigkeit ruft die Ostseeparlamentarierkonferenz dazu auf, das Vertrauen in demokratische Strukturen und Werte zu steigern, gegen Hassreden im digitalen Bereich vorzugehen sowie Toleranz und Offenheit, Medienfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung und robuste demokratische nicht staatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern. Zudem sollten die Rechtsvorschriften und Maßnahmen zum Schutz demokratischer Prozesse und Institutionen vor Cyber-Bedrohungen verbessert sowie das öffentliche Bewusstsein und die digitale Kompetenz erhöht werden. Es solle darüber hinaus sichergestellt werden, dass digitale Plattformen und Technologieunternehmen nach den ethischen Standards der demokratischen Staaten im Ostseeraum arbeiten.

Im Hinblick auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeresökosysteme fordert die Konferenz, Interessenskonflikte, beispielsweise zwischen Klimapolitik und Erhaltung der biologischen Vielfalt, zu berücksichtigen und zu analysieren. Gemeinsame Anstrengungen zur Verringerung des Nährstoffeintrages, der zur Eutrophierung und zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt, sollten verstärkt werden. Zudem solle das Ziel verfolgt werden, die Kunststoffverschmutzung der Ostsee zu beenden und den zusätzlichen Kunststoffeintrag bis 2040 auf null zu reduzieren. Ferner rufen die Ostseeabgeordneten zu einer raschen und konsequenten Umsetzung des aktualisierten HELCOM Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan, BSAP) und der dazugehörigen Handlungsdokumente innerhalb der vereinbarten Fristen in allen demokratischen Mitgliedstaaten der HELCOM auf.

Vonseiten der BSPC Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität sind zusätzlich insgesamt 25 Empfehlungen und Forderungen in Bezug auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen Vielfalt der Ostsee in den Resolutionstext übernommen worden. Im Hinblick auf den Klimawandel fordert die Resolution, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und die Anstrengungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 °C fortzusetzen. Es sollten Anreize für die Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien geschaffen, die Umsetzung nationaler Strategien für den Übergang von fossilen Brennstoffen zu CO₂-armen Energiesystemen vorangetrieben und der Energiemix umsichtig diversifiziert werden. Ferner fordert die Resolution, jährliche Klima- und Biodiversitätsgipfel für den Ostseeraum abzuhalten, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, Fortschritte zu verfolgen, bewährte Verfahren auszutauschen und regionale Strategien zu verfeinern. Hinsichtlich des Schutzes der biologischen Vielfalt der Ostsee sollte der Globale Biodiversitätsrahmen rasch und wirksam umgesetzt werden. Zudem sollten Pläne zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Ökosystems Ostsee gegenüber dem Klimawandel einschließlich des Schutzes von Küstenlebensräumen und der Wiederherstellung von Feuchtgebieten erarbeitet und ausgeführt werden.

Im Hinblick auf die besondere Aufmerksamkeit, die die BSPC der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee traditionell und insbesondere unter dem Vorsitz des Deutschen Bundestages gewidmet habe, fordert die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz, ein gemeinsames strategisches Vorgehen und Bemühen der demokratischen Staaten des Ostseeraums auch auf der Grundlage der Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der HELCOM einzuleiten sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Finanzinstruments in Erwägung zu ziehen. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat, der HELCOM und anderen zuständigen Organisationen solle fortgesetzt werden, um Wissenslücken zu schließen, bewährte Umweltpraktiken zu erarbeiten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung und Anwendung der besten verfügbaren Techniken zu prüfen.

Ablauf der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin, Deutschland

Stärkung der Widerstandsfähigkeit der demokratischen Ostseeregion

Die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz unter dem Vorsitz des Deutschen Bundestages fokussierte sich auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der demokratischen Ostseeregion. Die vier thematischen Sitzungsabschnitte spiegelten die Schwerpunkte des deutschen Vorsitzes wider und boten einen Raum für intensiven internationalen Austausch über die friedliche und verlässliche Nachbarschaft in der Ostseeregion, die Steigerung ihrer demokratischen und digitalen Resilienz, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Meeresökosystemen sowie die Bewältigung von und Anpassung an die Folgen des Klimawandels und den Schutz der biologischen Vielfalt im Ostseeraum.

Eröffnung der Jahreskonferenz durch die Bundestagspräsidentin und den BSPC-Präsidenten

Die Konferenz wurde am Montag, 27. August 2023 durch die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und den BSPC Präsidenten Johannes Schrapf eröffnet.

Der brutale russische Angriff auf die Ukraine sei eine Zäsur für Europa und für die Ostseeparlamentarierkonferenz gewesen, so die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in ihrer Eröffnungsrede zu Beginn der Jahreskonferenz. Die BSPC habe den Krieg schnell und geschlossen verurteilt; dies sei ein klares und wichtiges Signal gewesen. Die Ukraine brauche jedoch weiterhin Unterstützung. Nach dem Ausscheiden Russlands aus den Ostseeraum-Institutionen sei es wichtig, dass die Ostseeanrainer umso enger kooperieren. Die BSPC stelle ein besonders wichtiges Format des Dialogs in einer Schlüsselregion Europas dar, denn die Abgeordneten seien an den Problemen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort näher, als Regierungen es sein können. Die offenen und freien Gesellschaften würden aktuell von Feinden der Demokratie, insbesondere im digitalen Raum, angegriffen. Die beste Quelle der Widerstandsfähigkeit seien jedoch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Daher seien Aufklärung, Stärkung der politischen Beteiligung und Einbindung Jugendlicher in die Politik besonders wichtig. Vor allem junge Menschen seien wichtige Partner für mehr Resilienz.

Die parlamentarische Dimension der internationalen Kooperation sei essentiell für die Ostseeregion, so auch der Präsident der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz und Abgeordnete des Deutschen Bundestages Johannes Schrapf. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verstoße nicht nur gegen das Völkerrecht, er stelle auch eine Gefahr für demokratische Werte dar. Herr Schrapf erinnerte daran, dass die BSPC schnell und geschlossen auf die Aggression reagierte und weitreichende Entscheidungen mit Blick auf das zukünftige Format der Kooperation getroffen habe. Während des deutschen Vorsitzes der BSPC seien bedeutende Erfolge in drei Schwerpunktbereichen erzielt worden: Schutz des Klimas und der Biodiversität, Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee und Stärkung der Jugendbeteiligung.

Begrüßung durch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig als Vizepräsidentin des Bundesrates und Grußworte der Vertreterinnen und Vertreter anderer parlamentarischer Versammlungen, internationaler Gäste und BSPC-Beobachterorganisationen

Die Bedeutung der Ostseekooperation für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde zu Beginn der Konferenz durch die zweite Vizepräsidentin und nachfolgende Präsidentin des Bundesrates, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hervorgehoben. Frau Schwesig, die als Mitglied des Bundesrates gleichsam ebenfalls Teil einer parlamentarischen Versammlung ist, verwies auf Artikel 11 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der das Land zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, verpflichtet. Im Rahmen dieser Verpflichtung nehme der Landtag drei Sondermandate innerhalb der Ostseeparlamentarierkonferenz wahr. Frau Schwesig unterstrich die einschlägige Arbeit der BSPC für eine freie und demokratische Ostseeregion, die bereits seit dem Jahr 1991 bestehe. Putins Russland habe den Wunsch nach einem friedlichen Ostseeraum zerstört. Daher habe auch das Land Mecklenburg-Vorpommern alle Kooperationen mit Russland beendet. Der Frieden in und um die Ostsee stelle keine Selbstverständlichkeit dar. Er sei eine wertvolle Errungenschaft, die gemeinsam geschützt werden müsse. Jetzt stelle sich die Frage nach der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen demokratischen Ostseeanrainern. Diese weise in drei Themenbereichen besondere Potenziale auf: Sicherheitskooperation, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien sowie Räumung von Munitionsaltlasten in der Ostsee.

Die Notwendigkeit weiterer Unterstützung für die Ukraine sowie einer engeren Zusammenarbeit demokratischer Staaten zum Schutz geteilter Werte wurde anschließend durch die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der NATO Joëlle Garriaud-Maylam hervorgehoben. Eine Lehre des Krieges sei gewesen, dass man auf die Warnungen von Russlands Nachbarn nicht gehört habe. Das Bekenntnis zu demokratischen Normen solle verstärkt und operationalisiert werden. Daher begrüßte sie die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier, die von der Parlamentarischen Versammlung der NATO vorgeschlagen worden sei. Dies könnte bei der Verteidigung gegen Russlands und Chinas Propaganda helfen, die alle möglichen Instrumente nutzen, um ihre antidemokratischen Modelle zu exportieren.

Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation, PABSEC) Asaf Hajjef wies auf die weltpolitische Bedeutung des Schwarzen Meeres hin, wo sich unterschiedliche Wirtschaftswege kreuzten. Vom größten Wert sei jedoch nicht seine geografische Lage, sondern die Menschen und ihre Kulturen und Traditionen. Unter dreizehn Mitgliedstaaten der PABSEC würden aktuell sieben Konflikte geführt. Die massiven Fluchtbewegungen hätten enorme Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Daher rief er zu schnellen Lösungen auf der Grundlage völkerrechtlicher Normen der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität auf. Die Welt sei sehr klein und es sei die Aufgabe der Politik, Frieden, Sicherheit und Wohlstand in dieser kleinen Welt zu bewahren.

Botschafter Grzegorz Poznański, Generaldirektor des Ostseerates, hob die Bedeutung der in der Ostseeregion etablierten Mehrebenenpolitik hervor. Das etablierte Netzwerk von Institutionen und Organisationen trage zur Stärkung der gemeinsamen Identität, der Sicherheit und des Wohlstandes in der Region bei. Kooperation zwischen unterschiedlichen regionalen Institutionen und Staaten sei in dieser Hinsicht sehr wichtig. Man brauche jedoch auch gut informierte und engagierte Gesellschaften, um aktuelle Krisen zu bewältigen. Zum Schluss ging Herr Poznański auf die Entwicklungen im Bereich der im Meer versenkten Munition ein, die durch den deutschen Vorsitz im Ostseerat und die Resolutionen der BSPC vorangetrieben worden seien.

Zum Schluss sprach der Koordinator des Baltic Sea NGO Network Jens William Grav über die Bedeutung von Mensch-zu-Mensch Kontakten und Menschenrechten, die seit langer Zeit im Zentrum der Arbeit seines Netzwerkes gestanden hätten. Er erklärte, dass seit dem Jahr 2022 die Zusammenarbeit mit russischen NGOs ausgesetzt worden sei, äußerte jedoch die Hoffnung, dass eine Annäherung – ähnlich wie nach den Jugoslawienkriegen der 1990er-Jahre – in Zukunft wieder möglich sein werde. Dies wäre jedoch erst nach dem Ende des Krieges denkbar. Weiterhin ging er auf die internationalen und regionalen Aktivitäten des Baltic Sea NGO Network ein und sprach seinen Wunsch aus, die Kontakte mit der BSPC zu erweitern.

Erster Sitzungsabschnitt: Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und intensive Kooperation in der Ostseeregion auf Basis grundlegender Werte

Traditionsgemäß widmeten die Vertreterinnen und Vertreter des früheren, aktuellen und künftigen Ostseeratsvorsitzes ihre Grußworte zu Beginn der Jahreskonferenz den Fragen internationaler Kooperation in der Ostseeregion.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock eröffnete ihre Videobotschaft mit den Worten: „Unser Zusammenhalt ist unsere Lebensversicherung“. Die Ostsee sei ein natürlicher Schatz im Herzen Europas, der bewahrt und in der Zukunft besser genutzt werden sollte. Daher habe der deutsche Ostseeratsvorsitz sich vorgenommen, die Ostsee zu einem Kraftwerk für saubere Energie zu machen. Bis 2030 sollten sieben Mal so viel Offshore-Windanlagen in der Ostsee installiert werden als bisher. Dies würde die Abhängigkeit von fossiler Energie reduzieren und so das Leben der Menschen in der Region sicherer machen. Die Außenministerin bedankte sich bei den Mitgliedern der BSPC für die Impulse im Themenfeld versenkter Munition, das neben dem Ausbau der Windenergie und der Stärkung der Jugendzusammenarbeit zu den Schwerpunkten der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat gezählt habe.

Die Zusammenarbeit zur Kampfmittelbeseitigung werde auch durch den finnischen Ostseeratsvorsitz fortgesetzt, so die Außenministerin Finnlands Elina Valtonen. Der russische Angriff auf die Ukraine habe dramatische Folgen für die Sicherheitssituation und Kooperation in der Ostseeregion gehabt. Er habe auch dazu geführt, dass Finnland einen NATO-Beitrittsantrag gestellt habe, um einen Beitrag zur regionalen Sicherheit zu leisten. Zu den Prioritäten des finnischen Ostseeratsvorsitzes würden umfassende Sicherheit, Krisenvorsorge und Resilienz zählen. Zudem werde die Zusammenarbeit mit der Jugend ein sichtbares Thema bleiben. Frau Valtonen unterstrich, dass der Ostseerat ein wichtiges politisches Forum für gleichgesinnte Staaten sei und begrüßte die Fortsetzung der erfolgreichen Kooperation mit anderen internationalen Organisationen, darunter auch mit der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Bezugnehmend auf das Thema Resilienz betonte der Außenminister Estlands Margus Tsahkna, dass die Ukraine außerordentliche Widerstandskraft demonstriert habe. Auch im Kampf gegen Russlands Desinformation und Propaganda sei die Ukraine sehr erfolgreich gewesen. Die Ukraine solle weiterhin unterstützt werden und die russische Führung müsse sich für die begangenen Verbrechen vor einem internationalen Tribunal verantworten. Die Steigerung der Widerstandsfähigkeit der Ostseeregion bedeute auch die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, der wirtschaftlichen, digitalen und inneren Sicherheit sowie die Vertiefung der Kooperation mit verlässlichen Partnern. Der russische Angriffskrieg habe gezeigt, wie verwundbar demokratische Gesellschaften gegenüber Desinformation und Propaganda seien. Daher sollten gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren Wege gefunden werden, um diesen Bedrohungen zu widerstehen. Während seines Ostseeratsvorsitzes werde sich Estland auf das Thema der demokratischen Resilienz konzentrieren.

Nach den Ansprachen der Außenministerinnen und des Außenministers ergriff die norwegische Abgeordnete Lene Westgaard-Halle das Wort und unterstrich, dass die Staaten der Ostseeregion den Traum von Demokratie, Frieden und Wohlstand teilen würden. Daher sei der Standort der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz symbolisch: das Beispiel Berlins diene nicht nur als Warnung, sondern zeige auch, dass der Kampf gegen Tyrannei erfolgreich sein könne. Doch Demokratie sei nicht irreversibel. Angriffe auf Demokratie würden überall in Europa stattfinden. Solche Entwicklungen habe es in der Geschichte öfter gegeben. Um gemeinsame Werte und geteilte Träume verteidigen zu können, sei gegenseitiger Respekt und die Fähigkeit, sich gegenseitig zuzuhören, notwendig. Regionale Zusammenarbeit sei wichtiger denn je, weil davon die Zukunft der Demokratie abhängen würde.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Steigerung der demokratischen Widerstandsfähigkeit und Förderung der digitalen Resilienz

Die multiplen Herausforderungen für Demokratien durch Propaganda, Desinformation und Aufstieg des Rechtspopulismus sind während der Jahreskonferenz wiederholt thematisiert worden. Der entsprechende Sitzungsabschnitt am ersten Konferenztag wurde durch die Teilnehmenden des Jugendforums, Silva Laure und Shahin Khosrav, eröffnet, die ihre Vorschläge zur Stärkung demokratischer Resilienz im Ostseeraum präsentiert haben. Das im Vorfeld der Ostseeparlamentarierkonferenz durchgeführte Jugendforum forderte unter anderem ein Verbot vom persönlichen Profiling auf der Basis massiver Datensammlungen, eine Förderung des öffentlichen Bewusstseins hinsichtlich der Datenprivatsphäre und der Gefahren des Extremismus, eine Stärkung politischer Mitbestimmung und Beteiligung junger Menschen unter anderem durch Demokratiebildung sowie mehr soziale Inklusion in Entscheidungsprozessen.

Die Vorschläge des Jugendforums wurden durch die Podiumsdiskussionsteilnehmenden aufgegriffen und erweitert. So hob das Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages Stefan Seidler die Rolle von Bildung und Medienkompetenz im Kampf gegen Propaganda und Desinformation hervor. Russland führe massive Desinformationskampagnen durch und es gebe überall in Europa Menschen, die diesen Narrativen Glauben schenken. Daher würden technische und legislative Lösungen im Kampf gegen Fake News und Propaganda nicht ausreichen. Die Förderung der Medienkompetenz sei zentral für die Steigerung der demokratischen Resilienz.

Der Chefberater der Europäischen Kommission Paul Nemitz verwies auf die Bedeutung europäischer Regulierungen im Bereich des Datenschutzes und der digitalen Dienste. Die digitale Welt sei von großen Konzernen kontrolliert; kein Land alleine könne sich diesen mächtigen Akteuren widersetzen. Daher sei es wichtig, sich an der gemeinsamen Festlegung von Regeln auf europäischer Ebene zu beteiligen. Wichtig sei auch, offen über gemeinsame Herausforderungen zu sprechen. Soziale Plattformen würden von privaten Firmen aus dem Westen betrieben. Um erfolgreich gegen Propaganda und Desinformation vorgehen zu können, brauche man Regeln, die für diese Firmen verbindlich seien. EU-Regelungen schützten nicht nur die europäischen Wirtschaftsinteressen, sie würden auch einen Rahmen für die digitale Infrastruktur schaffen. Aktuell bespreche die Europäische Kommission ein mögliches Verbot von Profiling, das den Grundsätzen einer freien Gesellschaft widerspreche. Der Digital Services Act (DSA) solle verhindern, dass digitale Plattformen zur Brutstätte illegaler Inhalte werden. Die Förderung von Qualitätsjournalismus sei in Zeiten hoher Konkurrenz zwischen sozialen und traditionellen Medien ebenfalls unerlässlich.

Auch der Direktor der Baltic Security Foundation Otto Tabuns unterstrich die Bedeutung von Bildung im Kampf gegen Desinformationen. Der Ostseeraum sei eine Schlüsselregion Europas – sowohl mit Blick auf die Sicherheit als auch als Tor zur Arktis. Im Bereich der Verteidigung forderte er eine bessere Verzahnung auf multinationaler Ebene einschließlich defensiver und offensiver Cyberfähigkeiten. Zudem solle das Vertrauen in Sicherheitsinstitutionen in der Gesellschaft erhöht werden. Im Umweltbereich sei eine sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien unerlässlich. Außerdem müssten lebenswichtige Dienste wie Finanzen und Verkehr, aber auch das Internet integriert und gesichert werden. Mit Blick auf gesellschaftliche Sicherheit und Bildung unterstrich er, dass die Digitalisierung unter anderem zur Veränderung von Konsumgewohnheiten und Erosion vom kritischen Denken geführt habe. Neben der Förderung von Bildung und Medienkompetenz sollten auch horizontale Maßnahmen zur Förderung eines internationalen und generationenübergreifenden Austausches ergriffen werden.

Dritter Sitzungsabschnitt: Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeres- ökosysteme

Der Schutz der Meeresumwelt der Ostsee steht traditionell hoch auf der Agenda der BSPP und ist in ihrer Geschäftsordnung verankert. Der EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius nannte die BSPP eine einzigartige parlamentarische Brücke für die Ostseeregion und rief die Abgeordneten dazu auf, sich weiterhin aktiv für die Ökologie der Ostsee einzusetzen. Die Ostsee befinde sich weiterhin in einem schlechten ökologischen Zustand; die ökologischen Belastungen seien vielfältig und es gebe nur wenige Lösungen. Die durch übermäßige Stickstoffbelastung verursachte Eutrophierung bleibe ein ernstes Problem, das nur durch eine Reduzierung von Nährstoffeinträgen um 40 Prozent gelöst werden könne. Auch das Problem der in der Ostsee versenkten Munition solle schnellstmöglich adressiert werden. Regionale Kooperation sei zentral bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. Daher verwies der EU-Kommissar auf die für den 29. September 2023 in Palanga, Litauen geplante Konferenz der Ostsee-Umweltministerinnen und -minister, die neben anderen umweltpolitischen Themen auch die Munitionsaltlasten adressieren sollte.

Im Anschluss berichtete die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke über die internationalen Entwicklungen im Bereich des Meeresschutzes. Die zwischenstaatlichen Verhandlungen und die Arbeit internationaler Organisationen, auch im Bereich des Meeresschutzes, seien durch den russischen Angriffskrieg massiv belastet worden. Es habe jedoch allen Hindernissen zum Trotz Fortschritte im Bereich des precautionary pause des kommerziellen Tiefseebergbaus beim Abschluss des UN-Hochseeabkommens (BBNJ) und in Richtung eines rechtlich verbindlichen UN-Abkommens gegen Plastik in der Umwelt gegeben. Auch beim Thema Munitionsaltlasten seien einige Entwicklungen zu verzeichnen. So stelle die Bundesregierung bis einschließlich 2025 100 Millionen Euro zur Verfügung, um exemplarisch die Bergung und Vernichtung von konventioneller Altmunition aus der Ostsee durchzuführen. Es werde damit gerechnet, dass spätestens Anfang 2024 mit dem Bau einer mobilen schwimmenden Entsorgungsanlage und spätestens Anfang 2025 mit der pilothaften Bergung aus den deutschen Gewässern der Ostsee begonnen werden könne. Frau Lemke schloss ihre Rede mit einer Bitte an die Ostseeparlamentarierinnen und -parlamentarier, aus den Parlamenten heraus praktische Maßnahmen zum Schutz der Ostsee zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang merkte der Landtagsabgeordnete Philipp da Cunha an, dass die BSPC Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität ihre dreijährige Arbeit abgeschlossen und einen Abschlussbericht mit Empfehlungen und Forderungen an die Ostseeanrainerstaaten vorbereitet habe. Herr da Cunha erkundigte sich, wie die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien in der Ostseeregion, insbesondere im Bereich des Moorschutzes, verstärkt werden könnte.

Frau Lemke bezeichnete die Kooperation auf ministerieller Ebene als hervorragend und rief die Abgeordneten dazu auf, dem Thema Meeresschutz weiterhin hohe Aufmerksamkeit zu widmen. Die Renaturierung von Mooren solle vorangetrieben werden; Deutschland habe 4 Milliarden Euro im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz für die Wiederherstellung von Ökosystemen zur Verfügung gestellt. Es sei jedoch schwierig, Überzeugungsarbeit zu leisten. Daher sei ein gemeinsamer Diskurs über Parteigrenzen hinaus besonders wichtig.

Anknüpfend daran präsentierte die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft des schwedischen Parlaments Emma Nohrén ein Best-Practice-Beispiel des schwedischen parteiübergreifenden Komitees für Umweltziele. Dieses sei aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammengesetzt worden und habe sich zunächst darauf konzentriert, ein gemeinsames Verständnis von ökologischen Herausforderungen zu finden. Aus seiner Arbeit sei ein umfangreicher Katalog mit 100 Vorschlägen entstanden, der einvernehmlich im Parlament beschlossen worden sei. Anschließend wandte sich das Komitee, wiederum mit Unterstützung aller Parteien, der schwedischen Klimabilanz zu und habe einen Vorschlag für langfristige Ziele zur Reduzierung von Emissionen vorgelegt.

Vonseiten der Wissenschaft erinnerte Prof. Christoph Humborg von der Universität Stockholm daran, dass die Ostsee eine in sich fast geschlossene See sei, was dazu führe, dass Schadstoffe sehr lange im Meer blieben. Aus einer wissenschaftlichen Perspektive könne höhere Widerstandsfähigkeit des Ökosystems durch die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dadurch wäre das System besser gegen Hitzewellen gewappnet und könnte sogar zum Klimaschutz beitragen. Es gebe eindeutige Synergien zwischen Wasserqualität, biologischer Vielfalt und Klimawandel.

Früher hätten blaue Ökosysteme als Kohlenstoffsенке gedient; durch die Eutrophierung seien sie jedoch zur Kohlenstoffquelle geworden. Um die Resilienz der Meeresökosysteme zu erhöhen, plädierte Herr Prof. Humborg für die rechtzeitige Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zur Reduzierung von Nährstoffeinträgen, für nachhaltigeren Fischfang und ein besseres Management der Fischbestände sowie für die Bekämpfung des Klimawandels durch die Förderung von kohlenstoffbindenden Ökosystemen.

Weitere Beispiele konkreter Umweltprojekte, wie etwa EMPEREST und BalticSea2Land, wurden durch den Direktor der Verwaltungsbehörde und des Programmsekretariats von Interreg Baltic Sea Region Ronald Lieske vorgestellt. Das Programm bestehe bereits seit 25 Jahren und unterstütze grenzüberschreitende Projekte in acht Ostseestaaten und in südlichen Teilen Norwegens mit dem Ziel, die Entwicklung einer innovativen, räumlich integrierten und nachhaltigen Ostseeregion zu stärken. Zusätzlich unterstütze das Programm die EU-Ostsee-strategie und fördere in diesem Zusammenhang besondere Aktivitäten. 14 Monate nach dem Beginn der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 seien zwei Drittel der Fördermittel bereits zugewiesen worden. Insgesamt 85 Projekte mit 880 Projektpartnern seien für die Förderung bislang ausgewählt worden. Herr Lieske unterstrich, dass die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Meeresökosystemen nur durch internationale Zusammenarbeit der Ostseeanrainer erreicht werden könne.

Empfang beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Am Abend des ersten Konferenztages wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 32. BSPC und des Jugendforums zu einem Empfang beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue eingeladen.

„Russlands brutaler, völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur die Ostseeregion, er hat unseren ganzen Kontinent zurückgeworfen in eine Zeit der Konfrontation“, betonte der Bundespräsident in seiner Rede. Der Bundespräsident Steinmeier erinnerte daran, dass die BSPC als erste internationale Organisation bereits zwei Tage nach dem Angriff die Mitgliedschaft Russlands suspendiert und somit ein sehr starkes Zeichen gesetzt habe. In der aktuellen Krisenzeit sei „die Ostseeparlamentarierkonferenz wichtiger denn je“ und ihre klare Positionierung zu aktuellen Fragen der Desinformation, der Energiesicherheit und des Klimawandels sei von großer Bedeutung. Der Bundespräsident ging abschließend auf die Bergung von Munitionsaltlasten ein. Die Entscheidung der Bundesregierung, ein Sofortprogramm für die Beseitigung versenkter Munition in Nord- und Ostsee aufzulegen, sei nicht zuletzt auch der Verdienst der Ostseeparlamentarierkonferenz. Zum Schluss betonte der Bundespräsident Steinmeier, dass die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte nur gemeinsam bestanden werden könnten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz sei der beste Beweis: „Wir Europäer sind stark, wenn wir gemeinsam handeln“.

Vierter Sitzungsabschnitt: Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen Vielfalt

Am zweiten Konferenztage wurde die Thematik der Stärkung ökologischer Resilienz der Ostseeregion weiter vertieft. Der vierte Konferenzabschnitt war dem Abschlussbericht der BSPC Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität gewidmet, den der Arbeitsgruppenvorsitzende Philipp da Cunha vorstellte. Herr da Cunha unterstrich, dass die Folgen des Klimawandels auch in der Ostseeregion bereits nachgewiesen worden seien. Während ihrer dreijährigen Mandatszeit trafen sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus dem gesamten Ostseeraum, um sich über die aktuellen akademischen und technologischen Entwicklungen und Lösungsansätze zur Eindämmung des Klimawandels und zum Schutz der biologischen Vielfalt der Ostsee zu informieren. Aus diesem intensiven Austausch seien 25 umfassende und weitreichende Forderungen entstanden, die von der beschleunigten Umsetzung internationaler Klima- und Artenschutzvereinbarungen über die Förderung von Klimabildung, von CO₂-Abscheidung und -Speicherung, etwa durch die Konservierung von Wäldern, Mooren und Seegrasswiesen, bis zur Entwicklung von regionalen Strategien zur Krisenbewältigung reichten und in die Resolution der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz aufgenommen worden seien.

Im Anschluss an die Präsentation des Arbeitsgruppenberichts fand eine Podiumsdiskussion mit der Generaldirektorin für Energie der Europäischen Kommission Ditte Juul Jørgensen, der Meeresökologin vom norwegischen Meeresforschungsinstitut (IMR) Lis Lindal Jørgensen und der Direktorin des Climate Service Center Germany (GERICS) Daniela Jacob statt.

Die EU-Generaldirektorin Ditte Juul Jørgensen betonte, dass die Europäische Kommission mit dem European Green Deal Fragen des Klimawandels und der Artenvielfalt ganz hoch auf die Tagesordnung der EU gesetzt habe. Der Krieg in der Ukraine habe die Notwendigkeit von Energie-Diversität und -autonomie deutlich gemacht. Sie stellte fest, dass der Energiesektor für 75 Prozent der Emissionen verantwortlich sei, was dringende Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Reduzierung des Energieverbrauchs und Entwicklung von erneuerbaren Energien benötige. In diesem Zusammenhang hob sie die Rolle der Ostseeregion beim Einsatz erneuerbaren Energien, vor allem mit Blick auf Offshore-Windenergie, hervor. Es gebe keinen Widerspruch zwischen Maßnahmen zur Erhöhung der Energiesicherheit und dem Schutz der biologischen Vielfalt, da diese Hand in Hand gehen sollten und eine gemeinsame Verantwortung aller Länder und politischen Ebenen darstellten. Die neue EU-Richtlinie für erneuerbare Energien ziele unter anderem darauf ab, bürokratische Verfahren durch strategische Planung, umfangreiches Mapping von Netzen und die Identifizierung von Vorranggebieten für den Erneuerbaren-Ausbau zu erleichtern.

Die Meeresforscherin Lis Lindal Jørgensen sprach über die Bedeutung des integrierten Umweltmanagements sowie eines interdisziplinären, sektorenübergreifenden Multi-Stakeholder-Dialogs. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen Vielfalt bedeute die Stärkung der Wissenschaft. Das norwegische Meeresforschungsinstitut (IMR) zähle zu den größten Meeresforschungsinstituten in Europa und fokussiere sich primär auf Monitoring und Beratung. Das Ziel sei die Entwicklung von Ansätzen für nachhaltige und umweltschonende Nutzung der Meeresökosysteme. So werden im Rahmen des Programms MAREANO Bodenbeschaffenheit und Tiefe des Meeresbodens, Sedimente, benthische Lebensräume, Artenvielfalt und Sedimentschadstoffe untersucht, um eine nachhaltige zukünftige Bewirtschaftung der nördlichen Meere Norwegens sicherzustellen.

Interdisziplinäre Forschung und sektorenübergreifender Dialog seien von besonderer Bedeutung für die Stärkung der wissenschaftlichen Resilienz.

Die Politik solle das Konzept der klimaresistenten Entwicklung annehmen und entsprechend handeln, so die Meteorologin Daniela Jacob. Dieses Konzept beschreibe einen Prozess der Minderung von Treibhausgasemissionen und Anpassungsmaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung für alle. Von 1960 bis 2010 sei die globale Temperatur um ein halbes Grad gestiegen; doch allein von 2010 bis 2023 sei eine Temperatursteigerung um noch einmal fast ein halbes Grad registriert worden. Die menschengemachte Klimaerwärmung führe dazu, dass mehr und mehr Menschen aus der optimalen Temperaturnische hinausgeschoben würden, was in Zukunft für mehr Migrations- und Fluchtbewegungen sorgen werde. Die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen benötige internationale Kooperation und Koordinierung zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen sowie finanzielle Unterstützung vulnerabler Regionen. Die Entscheidungen von heute sollten im Hinblick auf ihre künftigen Auswirkungen getroffen werden. Dies betreffe nicht nur politische Entscheidungen, sondern auch Entscheidungen bezüglich des individuellen Lebensstils.

Der Landtagsabgeordnete Jens-Holger Schneider bezog sich auf eine Bemerkung von Frau Jacob und erkundigte sich, wie die Landwirtschaft heute auf die prognostizierte Senkung des Nährstoffgehalts in C₄-Pflanzen reagieren könne. Frau Jacob bestätigte, dass Biologinnen und Biologen davon ausgehen würden, dass die erhöhte Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre zur Verschlechterung der Nährstoffqualität führe, was sich wiederum auf die Fleisch- und Fischqualität auswirke. Dies unterstreiche die Notwendigkeit weiterer Forschung im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und -sicherheit.

Generaldebatte

Während der Generaldebatte erhielten die Konferenzteilnehmenden die Möglichkeit, weitere Fragen der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu besprechen und zu vertiefen.

Der norwegische Abgeordnete Himanshu Gulati hob zwei Themen hervor, die seiner Meinung nach besonders relevant für die Zukunft seien. Erstens müsse die Abhängigkeit von anderen Ländern bei seltenen Erden und anderen Mineralien verringert werden. Zweitens würden die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz die Welt immens beeinflussen. Die künstliche Intelligenz könnte neue Chancen öffnen, stelle jedoch auch potenziell eine Bedrohung für die Demokratie dar. Er erwähnte, dass große Technologieunternehmen dazu aufgerufen hätten, die KI-Forschung zu unterbrechen, bis gesetzliche Richtlinien vorliegen würden. Europa und der Ostseeraum müssten dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung setzen.

Das Präsidiumsmitglied des Nordischen Rates und die isländische Abgeordnete Hanna Katrín Friðriksson betonte, dass die heutige Demokratie auf der harten Arbeit früherer Generationen beruhe. Sie stellte fest, dass es eine klare Verbindung zwischen Hassreden, Desinformation und Fake News auf der einen Seite und Gewalt gegen Minderheiten auf der anderen Seite gebe. Sie unterstützte die Annahme von Herrn Paul Nemitz, dass die europäischen Vorschriften gegen Hassreden die Meinungsfreiheit gewährleisteten.

Frau Friðriksson hob außerdem die gemeinsamen Bemühungen der nordischen Länder hervor, die Demokratie zusammen mit gleichgesinnten Ländern, Regionen und Menschen zu stärken. Gemeinsam würden sie sich auch weiterhin für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Der Abgeordnete des estnischen Parlaments Tiit Maran betonte, dass der Klimawandel und die biologische Vielfalt eng miteinander verbunden seien. Er bedauerte die Tatsache, dass den Fragen des Umweltschutzes in Schulen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet werde. Der Mensch sei auch Teil der Artenvielfalt und solle sich als solchen wahrnehmen und seine Abhängigkeit von der Biodiversität anerkennen.

Der lettische Abgeordnete Kaspars Briškens wies auf die gemeinsame Verantwortung der Ostseeanrainer beim Schutz des Klimas und der Artenvielfalt hin. Die Ostseeregion solle eine Führungsrolle bei der Entwicklung grüner Technologien übernehmen. Eine grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur sowie Konnektivität seien ebenfalls sehr wichtig für die Region. Diese Aspekte sollten von einer neuen BSPC-Arbeitsgruppe genauer untersucht werden.

Der Abgeordnete des norwegischen Parlaments Ola Elvestuen unterstützte den Appell, auf die Wissenschaft zu hören und nach ihren Erkenntnissen zu handeln. Dies sei die Aufgabe der aktuellen Politik und nicht die der künftigen Generationen. Dieser Ansatz spiegele sich auch in der Entschließung der BSPC wider. Außerdem müssten Freiheit und Demokratie verteidigt werden. Demokratische Staaten sollten an der Spitze der technologischen Innovation zur Eindämmung und Bekämpfung des Klimawandels stehen.

Bezugnehmend auf den Aufstieg des Populismus betonte der Abgeordnete des Parlaments von Åland Simon Pávalls, dass die Demokratie Verantwortung, Interesse, Verständnis und Wissen erfordere. Der Populismus biete hingegen einfache Lösungen für komplizierte Probleme an und behaupte fälschlicherweise, die Meinung der Mehrheit zu vertreten. Dabei würden Ängste oder Unwissenheit ausgenutzt, wissenschaftliche Fakten ignoriert und Verschwörungstheorien geschürt. Doch Populismus sei vorhersehbar und könne durch bessere Bildung und Inklusion bekämpft werden. Es sollte daher sichergestellt werden, dass politische Entscheidungen offen und gut kommuniziert werden.

Der Abgeordnete des Landtages Schleswig-Holstein Marc Timmer hob die in der Entschließung enthaltene Forderung nach der Erleichterung von Genehmigungsverfahren beim Ausbau von erneuerbaren Energien hervor. Erneuerbare Energien seien inzwischen die mit Abstand günstigste Energieform. Entscheidend sei es, Überzeugungsarbeit zu leisten, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Dafür benötige es auch eine finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Anschließend ergriff der Landtagsabgeordnete Jens-Holger Schneider das Wort und plädierte für saubere Kernenergie. Diese sei als Brückentechnologie dem Gas überlegen.

Der Landtagsabgeordnete Thomas Krüger rief dazu auf, die Menschen vor Ort in den Ausbau der erneuerbaren Energien einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass sie unmittelbar von Solar- und Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft profitieren.

Auch die Vertreterinnen und Vertreter des Jugendforums nahmen aktiv an der Generaldebatte teil und äußerten ihre Wünsche und Vorschläge für eine widerstandsfähige Ostseeregion. So hob Simon Erik Jyrkaes die Bedeutung vom Biokraftstoff für viele Ostseeanrainerstaaten hervor und begrüßte die Erwähnung dieses Themas in der Entschließung sowie die Anerkennung der Gefahr der Abhängigkeit von China.

In Bezug auf die demokratische Resilienz betonte Ingveldur Anna Sigurðardóttir, dass Menschen in der Ostseeregion das Privileg hätten, in einer Gesellschaft zu leben, die für Freiheit und Demokratie stehe. Doch die russische Aggression habe gezeigt, wie verwundbar Demokratie sei. Deshalb müsse Europa der Ukraine zur Seite stehen, um die Zukunft nachkommender Generationen zu sichern.

Hinsichtlich des Aufrufs von Daniela Jacob, persönliche Gewohnheiten mit Blick auf Nachhaltigkeit zu ändern, argumentierte Sidney Gregor-Wielan, dass dieser Ansatz die Verantwortung von den großen Ölkonzernen auf die einzelnen Verbraucher verlagere. Fossile Brennstoffe gehörten der Vergangenheit an. Sie forderte die Abgeordneten dazu auf, nicht auf den „Mythos“ des individuellen CO₂-Fußabdrucks hereinzufallen; stattdessen müsse die Entwicklung der erneuerbaren Energien gefördert werden.

Mit Blick auf die Verbreitung von Desinformationen und Fake News schlug Elias Arndt die Einrichtung einer Datenplattform vor, die Medienschaffende und Privatpersonen darüber informieren würde, ob Beiträge in den sozialen Medien verlässlich seien oder falsche Informationen enthalten würden. Eine große Gefahr bestehe darin, dass vertrauenswürdige Medien Fehlinformationen aufgreifen und weiterverbreiten würden.

Ferner sprach Stanisław Kostulski über die Bedeutung der Meinungsfreiheit. Es sei wichtig, ohne Angst vor Verfolgung, Desinformationen, aber auch vor Umweltverschmutzung und vor den Folgen des Klimawandels zu leben. Am bedeutendsten sei jedoch die Freiheit, mit Hoffnung in die Zukunft blicken zu können.

Schließlich rief Dominika Maria Łysieñ dazu auf, die Abhängigkeit von fossilen Energien zu reduzieren und grüne Lösungen durch erneuerbare Energieerzeugung, aber vor allem auch durch Energiespeicherung anzustreben. Eine autonome Energieerzeugung in Europa könnte den Kontinent unabhängig von Marktschwankungen machen. Die Situation werde sich in Zukunft nur verschlechtern, wenn auf Worte keine Taten folgen würden.

Abschluss der Jahreskonferenz

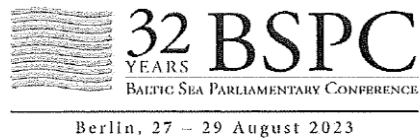
Zum Schluss der Konferenz wurden traditionell die BSPC-Rapporteure angehört. Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft Carola Veit stellte die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Migrations- und Asylpolitik vor. Die in den Jahren 2017 bis 2019 eingesetzte BSPC-Arbeitsgruppe für Migration und Integration habe die Notwendigkeit eines Austausches von Informationen und bewährten Praktiken hervorgehoben. Gute Integration trage zum Wohlstand bei, während misslungene Integration kostspielig sei.

Die BSPC Berichterstatterin für Munitionsaltlasten und Mitglied des Deutschen Bundestages Anna Kassautzki erinnerte an vorherige BSPC-Beschlüsse und begrüßte, dass Deutschland jene Problematik zum Schwerpunkt seines Ostseeratsvorsitzes gemacht und ein nationales Sofortprogramm zur Munitionsbergung beschlossen habe. Notwendig seien jedoch weitere Maßnahmen zur Schließung existierender Wissenslücken und zum Austausch über Erfahrungen in der Lokalisierung und Bergung von Munitionsresten.

Höhepunkt der Jahreskonferenz war die einvernehmliche Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution mit Maßnahmenvorschlägen an die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU. Zusätzlich zu den umfangreichen Forderungen und Empfehlungen hat die Resolution eine neue BSPC Arbeitsgruppe für Energiesicherheit, Selbstständigkeit der Energieversorgung, Resilienz und Konnektivität eingesetzt. Der litauische Abgeordnete Kaspars Briškens wurde zum Vorsitzenden der neuen Arbeitsgruppe gewählt.

Anschließend übergab der scheidende BSPC Präsident Johannes Schraps den traditionellen Staffelfstab an den dänischen Abgeordneten Henrik Møller, der somit den Vorsitz der BSPC übernahm. Als neuer BSPC Präsident bedankte sich Herr Møller bei allen Konferenzteilnehmenden für ihre Beiträge und ihr Engagement. Demokratie sei nicht selbstverständlich, sondern benötige kontinuierliche Arbeit. Die BSPC habe seit ihrer Gründung im Jahr 1991 als ein wichtiges Dialogforum für Abgeordnete und Sachverständige fungiert und ermöglichte die Erarbeitung von gemeinsamen Strategien zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen. Der Weg der Ostseestaaten in die Freiheit habe gezeigt, dass durch gemeinsame Anstrengungen selbst die schwierigsten Umstände überwunden werden könnten. Der dänische Vorsitz wolle diese Tradition fortsetzen. Durch die Wahrung der Grundsätze des Dialogs, der Verständigung und des gemeinsamen Handelns würde die BSPC weiterhin die kollektive Stärke des Ostseeraumes nutzen, um eine bessere Zukunft aufzubauen. Die Gewährleistung einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Energieversorgung, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel sowie Fragen der Sicherheit und Verteidigung im Ostseeraum würden in den kommenden Jahren von größter Bedeutung sein. Daher freute sich Herr Møller auf eine konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit.

Die 33. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 25. bis 27. August 2024 in Helsingør, Dänemark stattfinden.



Entschließung der Konferenz

Einstimmig angenommen von der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 29. August 2023

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments des Königreichs Dänemark
des Parlaments der Republik Estland
des Parlaments der Republik Finnland
des Deutschen Bundestags
des Parlaments von Island
des Parlaments der Republik Lettland
des Parlaments der Republik Litauen
des Parlaments des Königreichs Norwegen
des Parlaments der Republik Polen
des Parlaments des Königreichs Schweden
des Parlaments von Åland
der Bremischen Bürgerschaft
des Parlaments der Färöer
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
des Grönländischen Parlaments
des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern
des Landtags von Schleswig-Holstein
der Baltischen Versammlung
des Europäischen Parlaments
des Nordischen Rates,

die sich am 29. August 2023 in Berlin versammelt haben,

- lassen nicht nach, wenn es darum geht, den vollkommen ungerechtfertigten und groß angelegten brutalen militärischen Angriff und Einmarsch der Russischen Föderation, der sich gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und das ukrainische Volk richtet, immer wieder auf das Entschiedenste zu verurteilen;
- unterstreichen die zwingende Notwendigkeit, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine vollständig wiederherzustellen, was ausdrücklich die Halbinsel Krim einschließt;

- verurteilen nachdrücklich die fortgesetzten massiven Verstöße der Russischen Föderation gegen das Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, die Verletzung der Grundlagen der regelgestützten internationalen Ordnung und das Niedertrampeln der Grundsätze, die jahrzehntlang den Eckpfeiler von Frieden und Stabilität gebildet haben;
- bedauern, dass die internationale Gemeinschaft bislang nicht in der Lage war, die Deportationen und gewaltsamen Überführungen Tausender ukrainischer Kinder und erwachsener Zivilpersonen in die Russische Föderation, nach Belarus oder in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zu verhindern, und weisen zugleich darauf hin, dass dringend Abhilfemaßnahmen ergriffen werden müssen, um diesen kriminellen und unverständlichen Tätigkeiten, die Teil des umfassenden, unprovzierten, ungerechtfertigten und illegalen Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die demokratische und souveräne Ukraine sind, ein Ende zu setzen;
- prangern die fortgesetzten Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung an, die Russland auch durch die gezielte Zerstörung und Gefährdung kritischer Infrastrukturen wie des Staudamms von Nowa Kachowka und des Kernkraftwerks Saporischschja begeht;
- billigen in dieser Hinsicht uneingeschränkt den Inhalt der Feststellungen, die die Außenministerinnen und Außenminister der demokratischen Staaten des Ostseeraums im Rahmen der im Ergebnis des 20. Ministergipfels am 2. Juni 2023 in Wismar angenommenen Erklärung des Ostseerats über die Verletzung des Völkerrechts durch Russland, über Belarus als Komplizen bei dieser ungerechtfertigten Aggression, über die unerschütterliche Solidarität mit der Ukraine und über die Bedrohungen für die Sicherheit im Ostseeraum getroffen haben;
https://cbss.org/wp-content/anauploads/2023/05/cbss-wismar-declaration_2-june-2023.pdf
- sehen angesichts der grundlegenden Herausforderungen, vor denen die Mitgliedsländer der BSPC in diesen Zeiten des geopolitischen Wandels stehen, die absolute Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit ihrer demokratischen Gesellschaften auf der Grundlage der die demokratischen Staaten des Ostseeraums vereinigenden, in der Satzung und Geschäftsordnung der BSPC dargelegten Werte zu stärken sowie Innovation, Digitalisierung, Konnektivität und Nachhaltigkeit durch enge Zusammenarbeit und gemeinsame strategische Anstrengungen konsequent zu fördern;
- unterstreichen die Notwendigkeit eines noch umfassenderen gemeinsamen Vorgehens in politisch relevanten Kernbereichen, um die politische Gestaltungskraft in Bezug auf gemeinsame Herausforderungen und Interessen zu stärken und so die Menschenrechte, den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität im Ostseeraum aktiv zu wahren;

fordern die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf eine friedliche und verlässliche Nachbarschaft und eine intensive Zusammenarbeit im Ostseeraum auf der Basis grundlegender Werte

1. die Bemühungen um die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Menschenrechten im Ostseeraum und darüber hinaus deutlich zu

- steigern und zu intensivieren sowie anzuerkennen, dass diese Werte angesichts der sich wandelnden geopolitischen Realitäten der Gegenwart in unserer eigenen Region bedroht sind;
2. in den Bereichen von gemeinsamem politischem Interesse bedeutendere Fortschritte mittels gemeinsamer praktischer Maßnahmen – analog zum Umgang mit dem Thema Offshore-Windkraft und der diesbezüglichen Einigung https://cbss.org/wp-content/uploads/2023/05/230509_berlin-declaration-on-baltic-offshore-wind-by-cbss-foreign-ministers_final_consented.pdf – zu erzielen und damit den Ostseeraum zu einem vorbildlichen Beispiel für andere Makroregionen zu machen und auf diese Weise Push-Effekte für eine Weiterentwicklung im Rahmen breiterer Kooperationsformate zu ermöglichen;
 3. ein Wirtschaftswachstum und eine Entwicklung, die inklusiv und sozial und ökologisch nachhaltig sind, sowie Energiesicherheit zu gewährleisten;
 4. im Hinblick auf das Ziel, Energiesicherheit und -unabhängigkeit sowie Versorgungssicherheit zu gewährleisten, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten, und zwar durch konkrete Maßnahmen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien mit dem Ziel, die Abhängigkeit von russischen fossilen Ressourcen zu verringern, saubere und erschwingliche Energie und die zugrundeliegenden industriellen Wertketten zu fördern, einen integrierten und widerstandsfähigen europäischen Energiemarkt herbeizuführen sowie zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Energie und Nachhaltigkeit anzuregen;
 5. durch intensivierte und vertiefte Zusammenarbeit einen besseren Schutz für kritische gemeinsame Unterwasserinfrastrukturen zu erarbeiten;
 6. nach schlankeren Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung einer wirklich vernetzten, nachhaltigen und widerstandsfähigen grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur sowie für den Übergang zu einem europäischen digitalen Binnenmarkt, der internen und externen Bedrohungen standhalten kann, zu suchen;
 7. vor dem Hintergrund des Klimapakts von Glasgow und der Verpflichtungen des Übereinkommens von Paris Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft dafür zu mobilisieren, die strategische Zusammenarbeit bei der Abschwächung des Klimawandels, des Erhalts der Natur und der biologischen Vielfalt sowie dem gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft gemeinsam voranzutreiben;
 8. in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Herausforderungen, die eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung der Aktivitäten erfordern, zu Treffen der Regierungsoberhäupter im Wechsel mit den Treffen der Außenministerinnen und Außenminister zurückzukehren;
 9. sektorspezifische Ministerkonferenzen – wie die VASAB-Konferenz der im Ostseeraum für Raumordnung und -entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister – in Verbindung mit dem 20. Gipfel der Außenministerinnen und Außenminister des Ostseerats am 1. und 2. Juni 2023 in Wismar – auszubauen, um die für den Ostseeraum relevanten Herausforderungen in politisch bedeutsamen Kernbereichen gemeinsam in Angriff zu nehmen;
 10. die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit (Interreg) auszuweiten und die Synergien zwischen den verschiedenen Kooperationsformaten für die Ostseepolitik zu stärken;

11. zu unterstreichen, wie wichtig die Stärkung der sozialen Widerstandsfähigkeit im Ostseeraum nach wie vor ist, und die laufende Planung zur jährlichen Verleihung eines Titels „Kulturperle des Ostseeraums“ an lokale Behörden, die die Widerstandsfähigkeit durch kulturelle Aktivitäten fördern, zu unterstützen;
12. die Rolle der EU-Strategie für den Ostseeraum zu stärken, indem sie gezielt an den aktuellen politischen Kernherausforderungen im Ostseeraum ansetzt, die demokratischen Nachbarländer stärker einbindet und Unterstützung für die Ukraine während des Krieges und im Anschluss daran für den Wiederaufbau und die Stärkung der Demokratie in der Ukraine einplant;
13. die demokratische Entwicklung in den Nachbarländern des Ostseeraums unterstützen und insbesondere die demokratischen Akteurinnen und Akteure für eine demokratische Entwicklung von Belarus und Russland stärken;
14. die fortgesetzte Bedeutung sozialer Nachhaltigkeit in Verbindung mit dem grünen und digitalen Wandel zu unterstreichen und in dieser Hinsicht zum einen dem mit einer alternden Bevölkerung verbundenen demografischen Wandel und der Notwendigkeit von Höher- und Neuqualifizierung sowie angemessener Rentensysteme und zum anderen der Integration von Migrantinnen und Migranten und aller verwundbaren Gruppen, die Unterstützung beim Eintritt in den Arbeitsmarkt oder Verbleib darin benötigen, sowie der Geschlechtergleichstellung besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
15. die Einbindung der Zivilgesellschaft in die ostseepolitischen Aktivitäten zu erhöhen und zu unterstützen;
16. die mittlerweile etablierte Einbindung der Jugend in die Arbeit des Ostseerats zu unterstützen und aufrechtzuerhalten, um die Anliegen der jungen Generation zu einem der zentralen Belange des Ostseeraums zu machen;

im Hinblick auf die Steigerung der demokratischen Widerstandsfähigkeit und die Stärkung der Fähigkeiten zur Bewältigung moderner digitaler Herausforderungen

17. der wachsenden Bedrohung der demokratischen Gemeinschaft durch Desinformationskampagnen konsequent und entschlossen entgegenzutreten, mit besonderem Schwerpunkt auf dem von der Russischen Föderation betriebenen Informationskrieg;
18. erneut auf die Notwendigkeit hinzuweisen, sich – insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten – verstärkt darum zu bemühen, das Vertrauen in demokratische Strukturen und Werte zu steigern, gegen Hassreden im digitalen Bereich vorzugehen sowie Toleranz und Offenheit, Medienfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung und robuste demokratische nichtstaatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern;
19. die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ+-Personen, Frauen, Kindern, älteren Menschen und anderen verwundbaren Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet und durch intolerante Haltungen bedroht sind, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;
20. die sexuelle und reproduktive Autonomie zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

21. die Rechtsvorschriften und Maßnahmen zum Schutz demokratischer Prozesse und Institutionen vor Cyber-Bedrohungen zu verbessern;
22. das öffentliche Bewusstsein und die digitale Kompetenz zu erhöhen, um die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, die Risiken von Fehlinformationen und Desinformation zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken;
23. sicherzustellen, dass digitale Plattformen und Technologieunternehmen nach den ethischen Standards der demokratischen Staaten im Ostseeraum arbeiten und für ihre unzulängliche Praxis der Moderation von Inhalten, ihre Algorithmen und ihren Umgang mit Daten zur Rechenschaft gezogen werden;
24. die Kapazitäten für Forschung und Innovation in den Bereichen Cybersicherheit und digitale Widerstandsfähigkeit auszuweiten;
25. ein verantwortungsvolles digitales Verhalten und eine digitale Ethik im öffentlichen und privaten Sektor zu fördern und ethische Leitlinien, z. B. zur Gewährleistung von Antidiskriminierung und Gleichstellung, Verhaltenskodizes und Rechenschaftsmechanismen anzunehmen, um eine verantwortungsvolle digitale Praxis zu gewährleisten und demokratische Werte zu schützen;
26. die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Ostseeraums durch die Stärkung der Zusammenarbeit in Bereichen wie Verteidigung, Energiesicherheit und Cybersicherheit zu verbessern;

**im Hinblick auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeres-
ökosysteme**

27. bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung im Einklang mit der Agenda 2030 neben den in der Entschließung der BSPC nachdrücklich geforderten ehrgeizigen Maßnahmen, die die Widerstandsfähigkeit der Meere, des Klimas und der biologischen Vielfalt betreffen, auch andere wichtige Dimensionen, etwa soziale und wirtschaftliche Aspekte, zu berücksichtigen. Interessenkonflikte, beispielsweise zwischen Klimapolitik und Erhaltung der biologischen Vielfalt, sollten berücksichtigt und analysiert werden;
28. im Hinblick auf eine saubere, gesunde und produktive Ostsee mit widerstandsfähigen Meeres- und Küstenökosystemen zusammenzuarbeiten und entschlossen zu handeln;
29. verstärkt zusammenzuarbeiten, um die Ziele der auf der Ozeankonferenz der Vereinten Nationen 2022 verabschiedeten Erklärung von Lissabon zu erreichen;
30. die gemeinsamen Anstrengungen zur Verringerung des Nährstoffeintrags, der zur Eutrophierung und zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt und die Attraktivität der Ostsee als Reiseziel schwächt, zu verstärken;
31. ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen für den Übergang zu einer nachhaltigeren Kunststoffwirtschaft, die Kunststoffabfälle und ihre Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit auf ein Mindestmaß verringert, anzustreben, mit dem Ziel, die Kunststoffverschmutzung zu beenden und den zusätzlichen Kunststoffeintrag bis 2040 auf Null zu reduzieren;

32. Küstenbewirtschaftungspläne zum Schutz und zur Wiederherstellung von Küstenökosystemen, die als Kohlenstoffsinken und Pufferzonen gegen den Anstieg des Meeresspiegels fungieren können, umzusetzen; (AG/Klima 9);
33. das bestehende Netz der Meeresschutzgebiete (MPA) auszubauen sowie die Zusammenarbeit zwischen den Meeresschutzgebieten in der Ostsee und ihre grenzüberschreitende Bewirtschaftung zu verbessern, um eine ordnungsgemäße Durchsetzung zum Schutz empfindlicher Lebensräume und Arten zu gewährleisten;
34. zum raschen Inkrafttreten des bahnbrechenden völkerrechtlich verbindlichen Instruments zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (Hochseeabkommen) vom 19. Juni 2023 beizutragen und die dadurch bereitgestellten Instrumente und Möglichkeiten in intensiver Zusammenarbeit innerhalb des Ostseerats und der HELCOM zu nutzen, um die obengenannten Ziele zu erreichen (WG/Biodiversität 16);
35. eine rasche und konsequente Umsetzung des aktualisierten Ostsee-Aktionsplans und der dazugehörigen Handlungsdokumente innerhalb der vereinbarten Fristen in allen demokratischen Mitgliedstaaten der HELCOM zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen, und so weit wie möglich die Durchführung weiterer Maßnahmen entsprechend den im Faktenblatt 2021 der HELCOM „Klimawandel in der Ostsee“ enthaltenen politikrelevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche zu erwägen, um dieses Ziel zu erreichen;
36. erkennbare, rechtsverbindliche und nachhaltige, nach Arten aufgeschlüsselte Fangquoten im Ostseeraum mit Regelungen zu Fangnetzen oder sonstigen Methoden festzulegen und durchzusetzen und so sicherzustellen, dass die Fischbestände langfristig gesund und nachhaltig bleiben. Alle Maßnahmen sollten auf anerkannten, aktuellen Forschungsergebnissen beruhen. Um Populationseinbrüche zu verhindern, sollte das Ziel darin bestehen, die Fangquoten in der Ostsee auf oder unter die wissenschaftlich empfohlenen Schwellenwerte zu senken;
37. Vorschriften und Durchsetzungsmechanismen zu stärken, um Verschmutzung zu verhindern und die Einleitung von Schadstoffen in die Ostsee auf ein Mindestmaß zu begrenzen;
38. strengere Kontrollen für Industrie, Schifffahrt und Landwirtschaft einzuführen, um den Eintrag von Nährstoffen, gefährlichen Abfällen und schädlichen Emissionen zu verringern und so die biologische Vielfalt und das ökologische Gleichgewicht der Meeresumwelt zu schützen;
39. die Öffentlichkeit für die Bedeutung der Meeresökosysteme und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung durch Aufklärungskampagnen, die Einbindung lokaler Gemeinschaften und die Förderung von Bürgerinitiativen zu sensibilisieren, um das Verantwortungsbewusstsein zu stärken und die Öffentlichkeit zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der ökologischen Gesundheit der Ostsee zu ermuntern;

im Hinblick auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen VielfaltKlimawandel

40. durch verstärkte Anstrengungen und mit höherem Tempo ehrgeizige nationale Klimaziele und angepasste Erweiterungen – entsprechend aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Messungen – im Einklang mit dem Ziel des Übereinkommens von Paris umzusetzen, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und die Anstrengungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius fortzusetzen;
41. regional die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den demokratischen Staaten des Ostseeraums und der Arktis zu stärken, um die gemeinsamen Strategien und Politikkonzepte zur Bekämpfung des Klimawandels zu intensivieren und sie regelmäßig an die neuesten Forschungserkenntnisse anzupassen, ohne dabei die Notwendigkeit der Gewährleistung eines sozial gerechten Übergangs zu vernachlässigen;
42. die drei größten CO₂-Emittenten der Welt, die derzeit für mehr als 50 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, bei jeder Gelegenheit nachdrücklich aufzufordern, ihre Anstrengungen zur Erreichung ehrgeiziger Klimaziele zu verstärken;
43. Anreize für die Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien zu schaffen, indem das Genehmigungsverfahren für Wind- und Sonnenenergie sowie andere saubere und stabile Energiequellen verkürzt werden;
44. unter Berücksichtigung der Risiken im Zusammenhang mit der wachsenden Abhängigkeit des europäischen Marktes von der Versorgung mit seltenen Metallen und anderen Rohstoffen die Umsetzung nationaler Strategien für den Übergang von fossilen Brennstoffen zu CO₂-armen Energiesystemen voranzutreiben und unseren Energiemix umsichtig zu diversifizieren, damit keine Energieknappheit entsteht, die Energie aus zuverlässigen Quellen stammt und wirtschaftlich tragfähig ist und so Energiearmut und plötzliche Preissteigerungen vermieden werden;
45. in der Erkenntnis, dass die einzelnen Staaten unterschiedliche Energiestrategien und -schwerpunkte zur Erreichung dieser Ziele verfolgen, auf kommunaler und regionaler Ebene verstärkt auf die Durchführung angemessener Maßnahmen gegen den Klimawandel und auf die Sensibilisierung der zuständigen Verwaltungen zu setzen;
46. den Ausbau von Forschung und Innovation im Bereich der Technologien für Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen akademischen Einrichtungen, der Industrie und den Regierungen zu fördern;
47. Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für die Aufnahme von Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogrammen zum Klimawandel in Lehrpläne, öffentliche Kampagnen und berufliche Weiterbildungsprogramme zu erarbeiten;
48. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei regionalen Klimainitiativen zu fördern und Nachbarländer und internationale Organisationen in gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels im Ostseeraum einzubinden;

49. jährliche Klima- und Biodiversitätsgipfel für den Ostseeraum abzuhalten, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, Fortschritte zu verfolgen, bewährte Verfahren auszutauschen und regionale Strategien zu verfeinern und so ein verstärktes Vorgehen im Bereich Klimaschutz und -anpassung voranzutreiben;

Biologische Vielfalt

50. nachdrückliche Anstrengungen zu unternehmen, um den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 zu stoppen und umzukehren und dazu beizutragen, dass der demokratische Ostseeraum in dieser Hinsicht so weit wie möglich zu einem vorbildlichen makroregionalen Beispiel für die Welt wird;
51. den am 19. Dezember 2022 auf der 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD-COP15) verabschiedeten Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal mit seinem Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 zu stoppen und umzukehren, möglichst rasch vollständig umzusetzen, die bestehenden nationalen und ostseeweiten Strategien und Programme anzupassen und intensiv zwischen den demokratischen Staaten des Ostseeraums zusammenzuarbeiten, damit der Globale Biodiversitätsrahmen rasch und wirksam umgesetzt und der Ostseeraum so zu einem weltweit vorbildlichen Beispiel für seine Umsetzung werden kann;
52. bei der Überarbeitung und Anpassung von Aktionsplänen und Strategien zur Erreichung dieser Ziele und zur Durchführung dieser Maßnahmen einen ökosystembasierten Bewirtschaftungsansatz in Betracht zu ziehen. Darunter ist eine Bewirtschaftung zu verstehen, die das gesamte Ökosystem und alle menschlichen Aktivitäten berücksichtigt, allen Belastungen und Wechselwirkungen Rechnung trägt und sie einbezieht und darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit des aquatischen Ökosystems zu schützen, wiederherzustellen oder zu steigern und so die nachhaltige Bereitstellung von Ökosystemleistungen zu gewährleisten und die biologische Vielfalt zu erhalten;
53. sich ferner zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Bindung und Speicherung von CO₂ in der Natur durch eine gemeinsame und nationale Politik mit folgenden Zielen zu verpflichten:
 - a. Erhaltung von CO₂-speichernden Ökosystemen wie Wäldern, Feuchtgebieten, Seegraswiesen und natürlichen Flüssen;
 - b. Fortführung einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Wald- und Torfgebieten;
54. Pläne zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Ökosystems Ostsee gegenüber dem Klimawandel, einschließlich des Schutzes von Küstenlebensräumen und der Wiederherstellung von Feuchtgebieten, zu erarbeiten und auszuführen;
55. die Bodendegradation bis 2030 umzukehren und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder angesichts ihrer Bedeutung für das Klima und die biologische Vielfalt zu fördern;
56. die Bemühungen um eine grundlegende Verbesserung der Nährstoffbewirtschaftung in der Landwirtschaft, der Industrie und in Kläranlagen deutlich verstärken, um den Nährstoffabfluss in die Ostsee, der zur Eutrophierung und zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt, zu verringern;

57. regionale Strategien zur Bewältigung grenzüberschreitender Notlagen, einschließlich Waldbränden, Eutrophierung und der Verbreitung von Krankheitserregern, die durch Klimawandel und Umweltverschmutzung verschärft werden, auszuarbeiten und anzunehmen. Die Strategien sollten die Erforschung der Ursachen solcher Notlagen, eine Zusammenarbeit zwischen Rettungsdiensten und gemeinsame Überwachungsprogramme, die Aufschluss über die Risiken solcher Notlagen geben, beinhalten;
58. im Hinblick darauf zusammenzuarbeiten, die Einführung und Ausbreitung neuer invasiver gebietsfremder Arten zu verhindern, Maßnahmen zur wirksamen Ausrottung invasiver Arten im Ostseeraum durchzuführen sowie bewährte Verfahren zu entwickeln und auszutauschen.

In Anbetracht der besonderen Aufmerksamkeit, die die BSPC der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee, insbesondere unter dem Vorsitz des Deutschen Bundestags, gewidmet hat, begrüßt die Konferenz nachdrücklich

59. die intensive Erörterung der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee durch den Ostseerat während der deutschen Präsidentschaft – und während der 20. Tagung des Ostseerats am 1. und 2. Juni 2023 in Wismar;
60. die Aufnahme eines sektorübergreifenden, multidisziplinären und makroregionalen Dialogs über Unterwassermunition im Einklang mit ihren früheren Forderungen während der Expertenrunde in Kiel im Dezember 2022 und der gemeinsamen Konsultation von HELCOM und CBSS im April 2023;
61. die auf dem Beschluss des Deutschen Bundestags zur Bereitstellung von 100 Millionen Euro für diesen Zweck beruhende Entscheidung der Bundesregierung, ein nationales Sofortprogramm zur Bergung von Munition in der Ost- und Nordsee, einschließlich der Entwicklung einer mobilen Bergungsplattform, aufzulegen und die dabei gewonnenen Erfahrungen weiterzugeben.

Darüber hinaus stellt die BSPC fest, dass eine verantwortungsvolle Vorsorgepolitik mit aktiven und ausreichenden Maßnahmen zu dem Zeitpunkt beginnt, an dem notwendige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um spätere enorme und dann nicht mehr zu verhindernde massive Schäden für Mensch und Umwelt im Ostseeraum abzuwenden. Nach Ansicht der BSPC ist dieser Zeitpunkt nach jahrelanger intensiver Behandlung der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee, vor dem Hintergrund der Erkenntnisse seiner Berichterstatterinnen und Berichterstatter, entsprechend den Feststellungen in den Entschlüssen der BSPC seit 2019 sowie ausgehend von den Berichten der BSPC und einem intensiven Austausch mit führenden Fachleuten auf diesem Gebiet, der im vergangenen Jahr vertieft wurde, nun gekommen. Nach den derzeitigen Aktivitäten und Maßnahmen zu urteilen, so die einvernehmliche Auffassung führender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, würde die Beseitigung der Munitionsaltlasten etwa 100 Jahre dauern. Zugleich ist in 20 bis 30 Jahren mit erheblichen Schäden für Mensch und Umwelt zu rechnen. Daher ist es erforderlich, ein gemeinsames strategisches Vorgehen und Bemühen der Ostseestaaten einzuleiten und umzusetzen, um die Schäden für die Sicherheit von Mensch und Umwelt und die Wirtschaft zu vermeiden, die nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen durch in der Ostsee versenkte konventionelle Munition im Umfang von 400.000 Tonnen und chemische Kampfstoffe im Umfang von 40.000 Tonnen entstehen würden. Um das für die BSPC für hoch relevant erachtete Ziel der Beseitigung der Gefährdungssituation innerhalb der nächsten 20 Jahre zu erreichen, ist es nicht nur notwendig, die Bergung durch verstärkte Anstrengungen und koordinierte Zusammenarbeit zu forcieren, sondern insbesondere auch den Abbau des Engpasses beim effektiven Unschädlichmachen der Munition, d. h. die Frage der Kapazitäten für die endgültige Entsorgung und Lagerung an Land, rasch voranzutreiben.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen fordert die BSPC die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,

62. über die bisherigen Vereinbarungen der Regierungen hinaus ein gemeinsames strategisches Vorgehen und Bemühen der demokratischen Staaten des Ostseeraums – wie beim Ausbau der Offshore-Windkraftkapazitäten –, auch auf der Grundlage der Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der HELCOM, einzuleiten sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Finanzinstruments in Erwägung zu ziehen, um das von der BSPC für sehr wichtig erachtete Ziel zu erreichen, die Gefährdungssituation durch Munitionslasten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre zu beseitigen;
63. die enge Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat, der HELCOM und anderen zuständigen Organisationen fortzusetzen, um Wissenslücken zu schließen, bewährte Umweltpraktiken für die Risikobewertung zu erarbeiten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung und Anwendung der besten verfügbaren Techniken für eine umweltgerechte und sichere Bewirtschaftung zu prüfen.

Ferner beschließt die Konferenz,

64. auf der Grundlage der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses der BSPC eine zweijährige Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität mit dem Auftrag einzusetzen, auf der 33. BSPC einen ersten Bericht vorzulegen, und
65. das freundliche Angebot des dänischen Folketinget, die 33. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2024 in Helsingør auszurichten, dankbar zu begrüßen.